Berlin, 18. Oktober 2026

Offener Brief zur Lage in Georgien

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES BUNDESVORSTANDS

Mitgetragen von den Landesverbänden Berlin, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Wadephul,

angesichts der sich weiter verschärfenden politischen Lage in Georgien und insbesondere der zunehmenden Einschränkungen unabhängiger zivilgesellschaftlicher und politischer Arbeit wenden wir uns an Sie.
Die Schließung der Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tiflis macht die stark verschlechterten Rahmenbedingungen für unabhängige Organisationen in Georgien deutlich. Nach mehr als zwei Jahrzehnten Arbeit sahen die beiden Stiftungen keine Möglichkeit mehr, ihre Tätigkeit unabhängig fortzuführen, nachdem ihr Förderantrag abgelehnt und ihre Arbeit faktisch an staatliche Interessen gebunden worden war. Diese Entwicklung steht in einem größeren Zusammenhang zunehmender Einschränkungen für die Zivilgesellschaft sowie dem wachsenden Druck auf Demonstrierende, Oppositionelle, Journalistinnen und Journalisten sowie andere unabhängige Stimmen.

Als Bundesvorstand der Partei der Humanisten sehen wir diese Entwicklung mit großer Sorge. Georgien besitzt den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie eine freie und unabhängige Zivilgesellschaft dürfen dabei keine vagen Erwartungen bleiben, sondern müssen klare Voraussetzungen für weitere Schritte im europäischen Integrationsprozess sein. Wir bitten die Bundesregierung daher, sich gemeinsam mit ihren europäischen Partnern für eine entschlossene und zugleich zweckgerichtete Reaktion einzusetzen.

Dazu gehört aus unserer Sicht insbesondere die Unterstützung gezielter, personenbezogener Sanktionen gegen politische und staatliche Verantwortungsträger, die für schwerwiegende Repressionen und die systematische Einschränkung demokratischer und bürgerlicher Freiheiten verantwortlich sind. Einreisebeschränkungen und das Einfrieren von Vermögenswerten könnten solche Maßnahmen sein.
Zugleich sollte Deutschland sich dafür einsetzen, dass für die weitere Annäherung Georgiens an die Europäische Union klare und überprüfbare Bedingungen formuliert werden. Der Kandidatenstatus darf nicht entwertet werden, indem grundlegende Anforderungen an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte dauerhaft und ohne politische Konsequenzen verletzt werden.
Ebenso wichtig ist es, zwischen der georgischen Regierung und der Bevölkerung zu unterscheiden. Viele Menschen in Georgien setzen sich nach wie vor für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine europäische Zukunft ihres Landes ein. Maßnahmen, die pauschal die Bevölkerung treffen oder ihre Verbindung nach Europa erschweren, können gerade diejenigen schwächen, deren Engagement wir unterstützen sollten.

Wir bitten die Bundesregierung deshalb auch, sich für den Ausbau direkter und rechtssicherer Unterstützungsangebote für unabhängige Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Bildungsarbeit und den wissenschaftlichen Austausch einzusetzen. Wenn solche Arbeit in Georgien zunehmend erschwert wird, müssen Deutschland und die Europäische Union Möglichkeiten schaffen, um diese Strukturen auf anderen Wegen zu erhalten und zu stärken.

Deutschland und die Europäische Union sollten gegenüber der georgischen Regierung zudem weiterhin klar die Achtung von Meinungs-, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie rechtsstaatlicher Verfahren einfordern und politisch motivierte Repression gegen Oppositionelle, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft deutlich benennen. Die europäische Perspektive Georgiens sollte offenbleiben. Sie muss jedoch glaubwürdig an die Einhaltung jener demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien gebunden bleiben, auf denen unsere Europäische Union beruht.

Wir bitten Sie daher, sich innerhalb der Bundesregierung und im Rat der Europäischen Union für eine koordinierte europäische Antwort einzusetzen, die gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche, klare Bedingungen für den weiteren europäischen Integrationsprozess und eine verstärkte Unterstützung demokratischer Kräfte in Georgien miteinander verbindet.

Mit freundlichen Grüßen

Felicitas Jäger
Bundesvorsitzende

Sascha Klughardt
Generalsekretär

Daniel Keye
Schatzmeister